



Merkelsteuer ohne Mehrwert

Wer Arbeit entlasten will, sollte nicht den Konsum belasten

**FÖS-Diskussionspapier Nr.
GBG Discussion Paper No.
Juli 2005/ July 2005**

2005/04



FÖS-DISKUSSIONSPAPIER NR. 2005/04
GBG DISCUSSION PAPER NO. 2005/04

Dr. Anselm Görres

**MERKELSTEUER OHNE
MEHRWERT**

Wer Arbeit entlasten will, sollte nicht den Konsum belasten

INHALT

A.	Zusammenfassung	2
B.	Summary	2
C.	War Hamburgs Finanzsenator im Exil?	3
D.	Aufkommensneutralität: Nur von der Ökosteuer gefordert	3
E.	Lastverlagerung und volkswirtschaftliche Steuerquote	4
F.	Konjunkturelle Auswirkungen	5
G.	Merkelsteuer viel ungerechter als Ökosteuer	6
H.	Korrektur von Konstruktionsfehlern der deutschen Sozialversicherung	6
I.	Völker hört die Signale – aber bitte die richtigen!	7
J.	Tragische Selbstblockade der ehemaligen Umweltministerin	8

Beiträge der FÖS-Diskussionspapiere liegen in alleiniger Verantwortung der Autoren und stellen nicht notwendigerweise die Meinung des FÖS dar.
The authors of the GBG Discussion Papers are solely responsible for the contents which do not necessarily represent the opinion of FÖS.

Der Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. tritt als überparteiliche Organisation für eine Ökologische Finanzreform ein, deren Kernstück die Ökologische Steuerreform bildet, zu der aber auch andere ökofiskalische Instrumente gehören wie etwa der Emissionshandel oder der Abbau umweltschädlicher Subventionen.

Landsbergerstr. 191 · 80687 München · Fon 089-520 113-13 · Fax 089-520 113-14
foes@foes.de · www.eco-tax.info

A. ZUSAMMENFASSUNG

Und wenn du denkst, es geht nicht mehr, dann kommt von irgendwo ein Lichtlein her. Das Lichtlein, nach dem die Union angesichts der fiskalischen Nöte greifen will, ist leider nur der trübe Schein einer Mehrwertsteuererhöhung. Die Umsatzsteuer, wie ihr amtlicher Name lautet, gilt fiskalisch Konservativen (die es neuerdings sogar bei den Grünen gibt), als bequemster Notnagel zum Stopfen von Finanzlöchern. Um sie zu erhöhen, muss man nur eine einzige Ziffer im Gesetz ändern, sie gilt als allokatiospolitisch „neutral“ – und außerdem liegen wir innerhalb der EU-Mehrwertsteuerskala doch ganz niedrig, oder?

2

Dass Unionspolitiker gern auf die Mehrwertsteuer setzen, überrascht wenig. Hat doch die Kohl-Regierung die Mehrwertsteuer gleich dreimal erhöht: 1983 von 13 auf 14 Prozent, 1993 auf 15 Prozent und noch 1998 auf 16 Prozent. Übrigens meist mit anfänglichem Protest und anschließend braver Mitwirkung der FDP. Von diesem Verhalten der Liberalen darf man auch im Fall eines Wahlsiegs im September ausgehen.

Doch Polemik führt nicht weiter. Das Merkelpaket ist der rot-grünen Ökosteuerreform weit ähnlicher, als man nach Merkels jahrelangem Kampf gegen diese ÖSR vermuten würde. Beide Ansätze eint das Bestreben, den Faktor Arbeit durch höhere indirekte Steuern zu entlasten. In diesem wesentlichen Punkt unterscheidet sich die von der Union für 2006 geplante Erhöhung auf 18 Prozent von den meisten früheren Anhebungen.

Leider verfolgt Frau Merkel den richtigen Zweck auf falschem Weg. Statt blinder Verteuerung jeglichen Konsums wäre es viel intelligenter, auf die gezielte Besteuerung von Verbräuchen zu setzen, die der Umwelt schaden. Zum Beispiel beim Flugverkehr, oder bei subventioniertem Dieseltreibstoff. Unser Problem ist nicht, dass die Menschen zu viel konsumieren, sondern dass sie zuviel Umwelt verbrauchen.

B. SUMMARY

This paper addresses the plans of the Christian Social Union to increase VAT. First, it notes that VAT increases have always been the preferred tool of fiscal conservatives for filling gaps in the budget: VAT increases require changing one digit in law; are regarded as ‘neutral’ in terms of fair tax allocation; and, as many conservatives would argue, German VAT rates are extremely low in any case....

It is no surprise that conservative CSU politicians are calling for VAT increases. The Kohl government increased VAT on three occasions: in 1983 from 13% to 14%, in 1993 to 15% and in 1998 to 16% – and usually with the support of the FDP. Their cooperation can reasonably be expected as well following the September 2005 elections.

But polemic is not the solution. The Merkel reforms are much more similar to the Red-Green ecotax reform than is to be expected, particularly bearing Merkel’s long opposition to the ETR in mind. Both taxes unify the wish to lower taxes on labour and increase indirect taxes – but in this respect, this latest increase is different to the previous increases.

Unfortunately, Chancellor Merkel is barking up the wrong tree. Instead of blindly taxing consumption as a whole, it would be far more intelligent to deliberately tax consumption harmful to the environment. Aviation, for example, or diesel subsidies. The problem is not that people use too much *per se*, but that they use too much of the environment.

C. WAR HAMBURGS FINANZSENATOR IM EXIL?

Bei der Merkelsteuer scheint es ausnahmsweise nicht vorrangig um Geld für den Fiskus zu gehen. Von 16 Milliarden Euro, die man sich von der Maßnahme verspricht, sollen 14,6¹ wieder an Bürger und Wirtschaft zurückfließen, nämlich durch Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung (ALV) von derzeit 6,5 auf dann 4,5 Prozent. Das macht die Sache interessant.

Auch wenn derartige Parallelen von den Urhebern dieses Konzepts wohl kaum intendiert sind, springen Freunden der Ökologischen Steuerreform die Analogien zur ÖSR sofort ins Auge. Bei dieser Reform wurde das Gesamtvolumen der Energiesteuern von 1999 bis 2003 in fünf Stufen um insgesamt 18,7 Milliarden Euro jährlich erhöht. Von diesen Erlösen flossen über 16 Milliarden in die Finanzierung der Rentenversicherung, der Rest in den Bundeshaushalt.

Der Hamburger Finanzsenator Wolfgang Peiner scheint die letzten sieben Jahre im Exil verbracht zu haben. Denn nur so kann man seine Äußerung gegenüber der Süddeutschen Zeitung erklären:

„Der entscheidende Ansatz ist ja nicht, dass wir die Steuern erhöhen, sondern dass wir einen Paradigmenwechsel vollziehen. Die Lohnnebenkosten sollen gesenkt und stärker aus den Steuern finanziert werden und nicht nur aus den Abgaben der Betriebe und der Arbeitnehmer. Nur dafür darf eine Mehrwertsteuererhöhung eingesetzt werden – nicht zur Sanierung der Haushalte“ (SZ vom 23.7.05).

Wohl formuliert – aber wo war Herr Peiner während der Einführung der Ökosteuer? Es wird Zeit, dass die Öffentlichkeit zur Kenntnis nimmt, dass Merkel- und Ökosteuer im Grunde dem gleichen Paradigma zuzuordnen sind: **Gemeinsam ist beiden Maßnahmenbündeln der Grundgedanke einer Lastverlagerung im Abgabensystem zugunsten des Faktors Arbeit, durch Senkung von Lohnnebenkosten und Erhöhung indirekter Steuern.** Schon diese Ähnlichkeit in der Grundintention sollte Anhängern der rotgrünen Ökosteuer jede vorschnelle Polemik gegen das Merkelsche Verlagerungspaket verbieten. Doch andererseits legen gerade die auffälligen Ähnlichkeiten die Frage nach den Unterschieden nahe. *Vive la petite différence!*

D. AUFKOMMENSNEUTRALITÄT: NUR VON DER ÖKOSTEUER GEFORDERT

Bei der Ökosteuerdebatte Mitte der 90er Jahre hätten wir uns niemals getraut, weniger als 100 Prozent „fiskalisches Recycling“ zu versprechen. Jeder Pfennig Ökosteuer – so mussten damals alle Befürworter schwören – sollte Bürgern und Wirtschaft wieder zurückgegeben werden. Auf keinen Fall dürfe der Staat zum Gewinner der Ökosteuer werden! Niemand forderte das übrigens lauter als die damaligen Ökosteuergegner.

Mit der tatsächlich erreichten 90-prozentigen Aufkommensneutralität hat Rot-Grün das Versprechen von 1998 weitgehend erfüllt. Nur zehn Prozent flossen nicht in die Rentenfinanzierung – auch davon wurde ein Teil nur genutzt, um eine vielfach erhobene Bürgerforderung zu erfüllen, nämlich Verwendung der Ökosteuererträge für ökologische Zwecke. Rund eine halbe Milliarde Euro flossen in die Förderung erneuerbarer Energien.

Doch seltsam: Bei der Mehrwertsteuererhöhung bewegt die Frage, wie viel davon an die Bürger zurückfließt, die Öffentlichkeit eher wenig. Zweifel sind erlaubt, ob die angekündigte Senkung der ALV-Beiträge wirklich in voller Höhe zustande kommt. Manches deutet darauf

¹ Ein Prozentpunkt Senkung der ALV-Beiträge kostet 7,3 Milliarden Euro (FAZ vom 16.7.05).

hin, dass die diesbezüglichen Absichten sehr viel weniger belastbar sind als der Beschluss zu höheren Mehrwertsteuern. Dennoch wäre es im Falle einer Mehrwertsteuererhöhung ein für Bürger und Wirtschaft wichtiger Erfolg, wenn wirklich 14,6 der erwarteten 16 Milliarden auf die beschriebene Weise „recyclet“ würden.² Dann bliebe auch die „Merkelsteuer“ zu 90 Prozent aufkommensneutral.

Insgesamt fällt auf, dass der Legitimationsdruck, unter dem die Ökosteuer stand, weit höher war als jemals bei einer Mehrwertsteuererhöhung. Was mussten die Befürworter der ÖSR nicht alles vorrechnen und versichern. Trotz aller Kritik, unter der heute auch die Mehrwertsteuer-Erhöher stehen – keiner von ihnen muss sich gegen so viele und heftige Einwände rechtfertigen, wie wir es Mitte der 90er Jahre tun mussten.

4

E. LASTVERLAGERUNG UND VOLKSWIRTSCHAFTLICHE STEUERQUOTE

Man könne doch in einer Zeit, in der es dringend darum gehe, die volkswirtschaftliche Steuerquote zu senken, nicht die Mineralölsteuer erhöhen. So war es während der gesamten Ökosteuerdebatte zu hören, bis zum heutigen Tag. Die Mehrheit der Ökosteuergegner stellten und stellen sich hier wohl absichtlich dumm, obwohl die Fakten sie längst widerlegt haben. Die Erhöhung der Energiesteuern lässt sich selbstverständlich mit einer Senkung der Gesamtabgabenquote verbinden – man muss nur andere Steuern oder Abgaben stärker senken, als man die Ökosteuer erhöht.

Genau das geschah. Von 1999 bis 2003 **sank** die gesamtwirtschaftliche Abgabenquote um mehr als vier Prozent, weil Rot-Grün 2001 mit der Steuerreform begann. Insgesamt wurden die Bürger dabei um über 50 Milliarden entlastet – vielleicht sogar um mehr, als der Staat sich leisten kann.

Nach dem Regierungsprogramm der Union steht zunächst einmal eine Mehrbelastung zum Januar 2006 bevor – hoffentlich gemildert durch gleichzeitige Senkung der ALV-Beiträge. Mit einer Entlastung in auch nur annähernd vergleichbarer Größenordnung wie unter Rot-Grün ist derzeit kaum zu rechnen. Denn mit guten Gründen zögert die Union, den Bürgern Steuersenkungen zu versprechen. Es geht ihr eher darum, durch breitere Basis niedrigere Sätze zu ermöglichen.

Der entscheidende Punkt ist nur: Selbstverständlich kann man intelligente Lastverlagerungen innerhalb des Abgabensystems mit anderen Maßnahmen so kombinieren, dass am Ende eine höhere oder niedrigere Abgabenquote herauskommt. Wer das Gegenteil behauptet, weckt Zweifel an seiner Pisa-Tauglichkeit.

² Kurios war, dass ausgerechnet ein eher armes Bundesland wie Sachsen erklärte, notfalls auf seine Anteile am Mehrwertsteueraufkommen verzichten zu können, während das wohlhabende Bayern auf seinem Anteil bestand.

Kurios ist übrigens auch, dass diejenigen, die bei der Ökosteuer immer vor sinkenden Erträgen durch die so genannte Selbsterschöpfung (Leute kaufen weniger Energie) warnten, die gleiche Gefahr bei der Mehrwertsteuer ignorieren. Eichels Finanzministerium rechnet hingegen mit einer ganz erheblichen Selbsterschöpfung auch der Mehrwertsteuer und setzt deren Erlöse statt mit 16 nur mit 12,4 Milliarden an (SZ vom 16.7.05)!

F. KONJUNKTURELLE AUSWIRKUNGEN

Bei der Ökosteuer waren sich die Gegner aus dem liberal-konservativen Lager eigentlich schon vor jeder Debatte sicher, dass sie Arbeitsplätze nur vernichten könne. *Bedeutet höhere Steuern nicht immer weniger Arbeitsplätze?* – so primitiv war die damalige Anti-ÖSR-Propaganda gestrickt. In Tat und Wahrheit hat die Ökosteuer Arbeitsplätze geschaffen und gesichert – 180.000 bis 250.000 nach den Untersuchungen des DIW. Durch die Kombination industriefreundlicher Ausnahmeregelungen mit einer Senkung der Rentenversicherungsbeiträge kam es zu einer Nettoentlastung der Industrie von rund einer Milliarde Euro.³ Bis heute weigern sich die Gegner, das zur Kenntnis zu nehmen.

Auch die Merkel-Kombi von höheren Mehrwertsteuern und niedrigeren ALV-Beiträgen dürfte keineswegs nur negative Beschäftigungseffekte haben. Von einer Entlastung bei den Nürnberger Beiträgen profitieren alle sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer. Für rund 26 Millionen Personen, mit Familien insgesamt ca. 50 Millionen Personen, erhöht sich das Nettogehalt um etwa 1,5 Prozent.⁴ Zugleich mindern sich die Lohnkosten der Unternehmen um deutlich weniger als 1 Prozent. Die absolute Entlastung beträgt für beide Gruppen rund 7,3 Milliarden – pro Arbeitnehmerhaushalt sind das etwa 270 Euro. Beides, die Kostensenkung der Firmen wie die Nettogehaltserhöhung der Arbeitnehmer, hat positive Beschäftigungseffekte.

Doch gegenüber steht dem ein Entzug von 16 Milliarden wirksamer Nachfrage, für die Unternehmen also spürbare Absatz- oder Erlöseinbußen. **Nicht der leistungsstarke Exportsektor ist getroffen, sondern genau jene Bereiche, die ohnehin schon angeschlagen sind: Handwerk und Mittelstand, Konsumgüterhersteller und konsumnahe Dienstleister.**⁵ Gerade ergebnisschwache Unternehmen, die weder von vergangenen noch von künftigen Senkungen der Gewinnsteuern profitieren, weil sie gar keinen Gewinn machen, würden von höheren Mehrwertsteuern besonders hart getroffen.

Bei den Haushalten sind es 35,5 Millionen Menschen, die nicht von der Lohnsteuersenkung profitieren, aber höhere Mehrwertsteuer zahlen müssen: 23,2 Millionen Rentner, Pensionäre oder Versorgungsempfänger, 1,8 Millionen Beamte, 4,7 Millionen Arbeitslose, 2 Millionen Studenten und 3,8 Millionen Selbstständige.

Per saldo entzieht der Staat rund drei Milliarden dem Kreislauf, denn sie sollen in die Haushaltskonsolidierung fließen. Fast alle Kommentatoren sind sich in diesem Punkte einig: Angesichts der lahmen Binnenkonjunktur ist dies **das falscheste aller Signale.**

³ Nach Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung von 2003 wurde das verarbeitende Gewerbe durch die Ökologische Steuerreform netto um 972 Millionen Euro entlastet.

⁴ Die Beitragssenkung beträgt je ein Prozent des Bruttogehalts für Arbeitgeber und Arbeitnehmer (oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze etwas weniger). Bei einer durchschnittlichen Abgabenlast von einem Drittel erhöht sich das Nettogehalt um etwa 1,5 Prozent.

⁵ Wieder einmal fein raus ist nur die klassische FDP-Klientel der betuchten Freiberufler: Soweit sie für Unternehmen arbeiten, spielt die Mehrwertsteuer eh keine Rolle. Und diejenigen, die Leistungen an Haushalte erbringen, sind zum Teil von der Mehrwertsteuer befreit (wie zum Beispiel Ärzte) oder durch Gebührenordnungen vor den Härten der Marktwirtschaft weitgehend geschützt (wie zum Beispiel Anwälte, Architekten oder Notare). Auch deswegen kann man wohl von der Zustimmung der FDP ausgehen, trotz aller Schwüre zum Gegenteil. Die 18%-Schuhe hat der Vorsitzende ja wohl noch.

G. MERKELSTEUER VIEL UNGERECHTER ALS ÖKOSTEUER

Wie gut habe ich sie noch im Ohr, die Klagen über die angebliche soziale Ungerechtigkeit und Familienfeindlichkeit der Ökosteuer! Wer hat sich damals nicht alles zum Anwalt der sozial Benachteiligten gemacht, den man in dieser Robe sonst kaum erlebt hatte! In Wahrheit war die Ökosteuer bei weitem sozialer als ihr Ruf. Belastet wurden vor allem jene, die überdurchschnittlich viel Energie verbrauchten. Da aber zum Beispiel Autofahrer bis heute nur einen Bruchteil der von ihnen verursachten gesellschaftlichen Kosten tragen – auch die Ökosteuer ändert daran wenig – kann man allenfalls vom Abbau einer ohnehin fragwürdigen Dauersubvention sprechen. Eine wirkliche Ungerechtigkeit vermag ich darin nicht zu erkennen. Nicht umsonst hat auch das Bundesverfassungsgericht in seinen Urteilen vom 20.04.2004 alle Klagen gegen die Ökosteuer zurückgewiesen.

6

Zugleich hat die ÖSR aber alle Familien sozialpflichtiger Arbeitnehmer und alle Rentnerhaushalte entlastet – zusammen also über 80 Prozent der Bevölkerung. Denn ohne Ökosteuer wären heute mit Sicherheit die Renten etwas niedriger, die Beiträge aber höher.⁶ Lediglich Studenten, Beamte und Freiberufler ohne Sozialversicherungspflicht gingen beim Ausgleich leer aus. Doch auch sie konnten, wie alle Konsumenten, ihre Ökosteuerbelastung durch entsprechende Änderungen ihres Energieverbrauchs aktiv beeinflussen. **Anders als bei allen anderen Abgaben ist Steuervermeidung bei der ÖSR ausdrücklich erwünscht!** Zudem profitierten alle Bürger davon, dass arbeitsintensive Produkte und Dienstleistungen tendenziell billiger wurden.

Der Mehrwertsteuer kann dagegen nur eine Minderheit entfliehen – am ehesten noch die, die so wohlhabend sind, dass sie große Teile ihres Einkommens in die Ersparnis fließen lassen oder im Ausland konsumieren, zum Beispiel beim Wochenendurlaub im Kitzbühler Chalet. Der inländische Konsument kann allenfalls den Gürtel enger schnallen.

Dafür wären **strukturschwache Grenzregionen besonders hart getroffen:** Hier wohnen meist ärmere Konsumenten, hier sind auch die Unternehmen meist schwach – und zudem geht Kaufkauf über die Grenze!

H. KORREKTUR VON KONSTRUKTIONSFehlern DER DEUTSCHEN SOZIALVERSICHERUNG

Vor der Diskussion um die Ökosteuer und ihre Verwendung zur Erhöhung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung gab es seit Jahrzehnten die überaus berechtigte Klage, dass die Rentenversicherung in ganz erheblichem Maße mit sogenannten „versicherungsfremden Leistungen“ belastet sei. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften waren sich – selten genug – darin einig, dass diese Lasten, wenn der Gesetzgeber sie denn abdecken wolle, nicht von den Pflichtversicherten, sondern der Öffentlichkeit zu tragen seien. Mit der Erhöhung des Bundeszuschusses um rund 16 Milliarden Euro auf 77 Milliarden Euro hat die Bundesregierung also eine uralte Forderung von BDI und DIHT erfüllt – leider ohne jemals dafür auch nur die geringste Anerkennung zu erhalten.⁷ Mit Hilfe der Ökosteuer gelang es, einen jahrzehntelangen Missstand zu beheben. **Endlich wurde die Finanzierung rentenpolitischer Lasten, die**

⁶ Rechnerisch erspart die ÖSR 1,7 Beitragspunkte.

⁷ Die versicherungsfremden Leistungen in der Rente werden auf 70 bis 80 Mrd. Euro geschätzt. Nach amtlicher Auskunft hat es die ÖSR bei der Rentenversicherung bewirkt, „dass die Beitragszahler heute nicht mehr an der Finanzierung nicht beitragsgedeckter Leistungen beteiligt sind“ (Bundestagsdrucksache 15/1164).

etwa durch die deutsche Einheit entstanden, aber auch durch bildungs-, frauen- oder familienpolitische Ziele, zur Aufgabe der gesamten Steuerzahlerschaft gemacht. Diese Entlastung der Beitragszahler war überfällig!

Ebenso legitim und notwendig wäre es, die versicherungsfremden Leistungen der Bundesagentur für Arbeit in den Bundeshaushalt zu verlagern. Wie bei der Rente lässt sich auch bei der Arbeitslosenversicherung trefflich darüber streiten, welche Leistungen nun im Einzelnen schon als versicherungsfremd oder noch als beitragsbezogen anzusehen sind. Es gibt hierzu zwar eine Vielzahl von Gutachten und Meinungen, aber letztlich keine hundertprozentig objektiven Kriterien – wie denn auch. Dennoch deckt sich das von Frau Merkel ins Auge gefasste Entlastungsvolumen mit einer Reihe vorliegender Untersuchungen.⁸

Auch der FÖS hätte wahrscheinlich, wenn in der aktuellen Lage eine flächendeckende Fortsetzung der Ökosteuern politisch durchsetzbar wäre, für die zusätzlichen Erträge kein weiteres „Tanken für die Rentenfinanzierung“ befürwortet, sondern stattdessen eine Entlastung der Arbeitslosenversicherung. **Dieser Teil des Merkel-Pakets findet somit unsere uneingeschränkte Zustimmung.**⁹

I. VÖLKER HÖRT DIE SIGNALE – ABER BITTE DIE RICHTIGEN!

Fast 300 Jahre nach der Geburt von Adam Smith (1723-1790) ist seine Botschaft immer noch nicht bei allen angekommen. Die Marktwirtschaft vermag unendlich viel, wenn nur die Preise die Wahrheit sagen. Falsche Preise geben falsche Signale. Mit einer Mehrwertsteuererhöhung gibt man der Wirtschaft lauter falsche Signale: Konsumiert weniger, spart mehr und exportiert!

Deswegen bleibt es bei unserer Kritik: **Außer Geld in die Staatskasse bringt die Mehrwertsteuer keinerlei Mehrwert.** Wenn es je eine Abzockersteuer gab, so war, ist und bleibt dies die Mehrwertsteuer. Adam Smith erkannte als erster, dass alles, was in einer rationalen Wirtschaftsordnung stattfindet, letztlich dem Ziel des Konsums zu dienen hat. Auch Investition und Exportüberschuss – in Wahrheit nur unterschiedliche Verwendungen der volkswirtschaftlichen Ersparnis – machen nur Sinn in der Absicht, damit höheren Konsum in der Zukunft zu ermöglichen.

Doch diese simplen Wahrheiten von Lehrvater Smith sind selbst heute noch bei vielen Ökonomen von calvinistischer Spar- und Verzichtbegeisterung überwuchert. Daran ist nichts liberal, das ist allenfalls ein Erbe puritanischen Denkens.

Kurioserweise setzt die Sparbegeisterung der heutigen Liberalen exakt dort aus, wo Sparen überaus sinnvoll ist: nämlich beim Umgang mit knappen natürlichen Ressourcen. Auch hier sind die Lehren von Smith und vielen Klassikern bis hin zu Pigou (Erfinder der Ökosteuern) von den wieselflinken Gaudiliberalen entweder gar nicht verstanden oder schnell vergessen worden. Wir brauchen aber Signale, die uns gezielt dazu anreizen, den Umweltkonsum zu vermindern, und keine flächendeckende Bestrafung des per se wünschenswerten Konsums.

Wenn von der Mehrwertsteuer Signale ausgehen, dann in Richtung **Betrug und Schwarzarbeit.** Fast täglich kann man von betrügerischen Firmen lesen, deren einziger Existenzzweck das

⁸ Der Bund der Steuerzahler schätzt in seiner Studie vom November 2002 „*Versicherungsfremde Leistungen in der Arbeitslosenversicherung*“ deren Umfang auf 14,6 Milliarden Euro – also exakt das Volumen, um das die Union die ALV entlasten möchte (http://www.karl-braeuer-institut.de/download/Kurzfassung_96.pdf).

⁹ Schon in unserem Memorandum 1995 hatten wir diese Verwendung der ÖSR-Erträge als Alternative zur Rentenbeitragsenkung befürwortet.

Hinterziehen der Mehrwertsteuer ist. Und nach den Recherchen des Schwarzarbeitsforschers Schneider aus Linz entwickelte der Anteil der Schwarzarbeit in Österreich und Deutschland sich im etwa gleichen Tempo wie die Mehrwertsteuersätze: Für Deutschland schätzt Schneider den Anteil heute auf 16 Prozent.¹⁰

Den kleinen Unterschied zwischen richtigen und falschen Signalen zeigt der Vergleich der deutschen und amerikanischen Ölimporte. **Von 1998 bis 2004 haben die USA ihre Rohölimporte um 23 Prozent gesteigert (von 9,7 auf 11,9 Millionen Barrel am Tag). Wir Deutschen konnten sie im gleichen Zeitraum um 11 Prozent senken (von 2,8 auf 2,5 Millionen Barrel)!¹¹**

Apropos USA: Konservative und Neoliberale schauen doch sonst so gern nach Amerika – warum nicht einmal bei der Besteuerung des Konsums? Im Vergleich zu Mehrwertsteuersätzen im „alten Europa“ liegen die dortigen *Sales Taxes* auf lächerlich niedrigem Niveau.

J. TRAGISCHE SELBSTBLOCKADE DER EHEMALIGEN UMWELTMINISTERIN

Schon Schäuble hat die historische Chance verpasst, zum Bismarck der Ökologie zu werden. Bismarcks Größe bestand darin, seine spießbürgerlichen Koalitionspartner zur Verabschiedung der Sozialversicherung zu zwingen – also eine „linke“ Forderung zu erfüllen, gegen die alle damaligen Rechten und Rechtsliberalen Sturm gelaufen waren. **So wie er hätte sich Schäuble einen Ehrenplatz in der Geschichte verdient, wenn er sein verbales Engagement für die Ökosteuer um- und gegen Kohl durchgesetzt hätte.** Er hätte dann als Kanzler einer schwarzgrünen Koalition die Ökosteuer einführen und Deutschland ins Zeitalter der sozial-ökologischen Marktwirtschaft führen können. Doch es fehlte ihm der Mut – oder es siegte der „machiavellistische Intellektuelle“ (Kurt Kister, SZ) in ihm.

Bei Frau Merkel scheint das machiavellistische Element noch deutlich stärker ausgeprägt. Auch die ehemalige Befürworterin der Ökosteuer könnte, wenn sie nur wollte, all die Vorteile, die sie sich von ihrem Lastverlagerungspaket verspricht, mit der Ökosteuer mindestens ebenso gut erreichen. **Die ökologischen Lenkungseffekte der Ökosteuer gäbe es noch gratis oben auf. Genau sie sind es, die aus der Ökosteuer die Steuer mit dem höchsten Mehrwert machen.** Dabei müsste es sich keineswegs um eine bloße Fortsetzung der bisherigen Ökosteuer handeln, es gäbe so viele andere Möglichkeiten:

- Nach wie vor wird Diesel ohne jede rationale Rechtfertigung bei der Mineralölsteuer um 18,4 Cents pro Liter bevorzugt. Allein der Abbau dieser Dieselsubvention brächte über fünf Milliarden in die Staatskasse. Man könnte und müsste diese Maßnahme mit einer aufkommensneutralen Reform der Kfz-Steuer kombinieren, ebenfalls seit Jahren überfällig.
- Blair und Chirac, ja fast die gesamte EU denken zur Zeit intensiv über eine höhere Belastung des Flugverkehrs nach. Heute gibt es nicht nur keine Kerosinsteuer – Auslandsflüge unterliegen nicht einmal der Mehrwertsteuer. Das Abschaffen dieser anachronistischen Förderung des umweltschädlichen Flugverkehr brächte drei bis vier Milliarden.
- Mit dem Abbau übertriebener Ausnahmeregelungen und einer Kombination weiterer kleiner Schritte ließen sich insgesamt weitere drei bei vier Milliarden erheben.

Was man immer vergisst: Einen Teil der Ökosteuerlasten trägt das Ausland, zum Beispiel die OPEC-Länder als Rohöllieferanten, über Preis- und Mengeneinbußen beim Import nach Deutschland. Auch eine höhere Belastung des Flugverkehrs würde teilweise das Ausland tref-

¹⁰ www.bundestag.de/gremien/welt/glob_end/4_9_1_5.html.

¹¹ USA: Von 9,7 Millionen Barrel pro Tag 1998 auf 11,9 Mio. Barrel pro Tag 2004. Deutschland: Von 2,8 Millionen Barrel pro Tag 1998 auf 2,5 Mio. Barrel pro Tag 2004, Quelle: OECD 2005.

fen. Wenn die Leute statt Urlaubsflügen nach Mallorca Bahnreisen in den Schwarzwald unternehmen, sind die inländischen Beschäftigungseffekte sogar positiv. **Wenn ein Autofahrer sein geliebtes Fahrzeug ab und zu einmal stehen lässt und dafür öffentliche Verkehrsmittel benutzt, fließt das Geld an die kommunalen Verkehrsbetriebe statt an die Ölscheichs – wo ist das Problem?**

Insgesamt könnte eine Senkung der ALV um zwei Prozentpunkte weitgehend über eine intelligente Fortentwicklung der Ökosteuer erfolgen. Als **pragmatischer Kompromiss wäre auch eine Kombination denkbar – Mehrwertsteuer ein Prozent rauf, weitere acht Milliarden über Ökosteuermaßnahmen.**¹²

Doch dazu würde es natürlich bei einer schwarz-gelben Koalition nicht kommen – ehrlicherweise wohl auch nicht bei Fortsetzung einer rot-grünen Konstellation.¹³ Es ist nicht zuletzt der antiökologische Machiavellismus von Frau Merkel, aber auch von Herrn Westerwelle, der in Deutschland den Handlungsspielraum für ökofiskalische Maßnahmen enorm beschnitten hat. Frau Merkel ist zum Opfer ihrer eigenen, machtorientierten Rhetorik geworden: **Was sie als Umweltministerin noch vernünftig fand, könnte sie als Kanzlerin nicht mehr umsetzen, weil sie es als Kandidatin um des Sieges willen zu lange und zu heftig denunziert hat.** Leider ist dies nicht nur die persönliche Tragik der Angela Merkel. Es droht vielmehr zur Tragik eines ganzen Landes zu werden, das sich in den letzten Jahren durch kluge und mutige Umweltpolitik weltweit Achtung errungen hat.

Wenn heute auch Konservative und Liberale daran gehen, den Faktor Arbeit zu entlasten, indem sie indirekte Steuern erhöhen, dann ist das nicht zuletzt ein Verdienst der Ökosteuerbefürworter, die die relative Steuerbelastung der Faktoren Arbeit und Natur historisch als erste thematisiert haben.¹⁴ Es ist ja schon ein Fortschritt, wenn Lastverlagerung innerhalb des Abgabensystems nicht länger tabuisiert bleibt – wie lange wurde jeder ausgepiffen, der nur irgendwo die kleinste Steuer erhöhen wollte! Aber unser Interesse war nie, den Faktor Arbeit durch undifferenzierte Diskriminierung des Konsums zu entlasten. **Nicht Konsum ist unser Problem, sondern Umweltzerstörung.** Die Jahrhundertaufgabe bleibt weiterhin: Arbeit entlasten, Naturverbrauch höher belasten. Auf Dauer kann daran keiner vorbei, denn das Öl ist irgendwann nicht mehr da.

¹² Ich danke insbesondere Fritz Vorholz von der ZEIT, der mich in einem Interview dazu brachte, mich diesem Gedanken zu öffnen (<http://www.foes.de/news33/1artikel2.html>), und meiner FÖS-Vorstandskollegin Bettina Meyer, die seit Jahren in diese Richtung argumentiert.

¹³ Insbesondere im meerumschlungenen Schleswig-Holstein scheint bei Sozialdemokraten wie Grünen eine seltsame Affektion für die Mehrwertsteuer ausgebrochen zu sein – ob das an der Meerluft liegt? Oder schreiben die Kollegen Mehrwert ohne h?

¹⁴ Besondere Erwähnung verdienen in diesem Zusammenhang die bahnbrechenden Untersuchungen von Lorenz Jarass (1992) zur „Besteuerung der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Energie und Umwelt im internationalen Vergleich“, an denen zeitweise auch FÖS-Vorstandsmitglied Kai Schlegelmilch beteiligt war.